

Unser Geldsystem III – Die erste Ölpreiskrise, die Löhne und die Rolle der Geldpolitik

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 21.02.2014 (editiert am 25.05.2016)

Die Ölpreisschocks 1973 und 1979/1980 markierten den Anfang vom Ende des Keynesianismus in der Wissenschaft wie in der Politik. Hatte man sich bis dahin vor allem mit Nachfrageproblemen beschäftigt, tauchte mit der plötzlichen starken Erhöhung der Ölpreise die Frage auf, wie das marktwirtschaftliche System auf eine schockartige Veränderung reagiert, die von der Angebotsseite kommt, was bei einer Verteuerung von Vorleistungen offensichtlich der Fall zu sein schien.

Neoklassiker wie Keynesianer waren verwirrt. Hatten sie sich bisher vor allem mit der Phillips-Kurve beschäftigt, also der Beziehung zwischen einer bei Vollbeschäftigung überhitzten Wirtschaft und einer möglichen Beschleunigung der Inflation, drohte nun eine Inflation bzw. eine Preissteigerung, die bei einer schwachen Wirtschaftsentwicklung und einer schon hohen Arbeitslosigkeit eintreten konnte, die sogenannte Stagflation (also Inflation bei Stagnation). Das warf alle Modelle, die man kannte, über den Haufen. Dieses Phänomen stieß die Tür für den Monetarismus, [die sich durch das Ende von Bretton Woods aufgetan hatte](#), noch viel weiter auf, weil die Monetaristen weiterhin stoisch ihre Position vertraten, dass Inflation ein rein monetäres Phänomen sei (was sie im Zusammenhang mit den Ölpreisschocks ganz offensichtlich nicht war), das den Einsatz der Geldpolitik fordere. So kam die Arbeitslosigkeit über die Ölkrisen in die westliche Welt und hat sich dort dank des Monetarismus bis heute hartnäckig festsetzen können, wie im Laufe dieser Serie noch ausführlich dargelegt wird.

In einem kleinen Buch mit dem Titel „Rigide Preise und flexible Mengen – Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks“ (1992 bei Duncker & Humblot erschienen), habe ich (zusammen mit Gustav Horn und Rudolf Zwiener) Anfang der neunziger Jahre versucht, etwas Licht in das Dunkel der Schockanalyse zu bringen. Leider hat das Buch zu keiner breiten Diskussion der Ursachen der Stagflation geführt. Die herrschende neoklassische Lehre lehnte differenzierte Analysen ab, die das Dogma von den immer richtigen, weil flexiblen Preisen gefährdeten. Und auch bei den meisten Keynesianern und noch weiter links Stehenden stieß diese Arbeit auf harsche Ablehnung oder Desinteresse, vermutlich weil sie auch auf Fehler bei der Linken (vor allem bei den Gewerkschaften) in der Theorie und in der praktischen Politik hinwies.

Wie arbeitet sich ein Ölpreisschock durch eine Volkswirtschaft, welche Preis- und welche Mengenreaktionen ruft er auf den Güter-, den Arbeits- und den Kapitalmärkten hervor? Wenn der Preis eines importierten Vorprodukts einmalig stark steigt, verschlechtern sich die sogenannten terms of trade (das Verhältnis der Export- zu den Importpreisen). Das bringt (wie ein Rückgang der Arbeitsproduktivität) einen Realeinkommensverlust für die gesamte Volkswirtschaft mit sich. Denn die Preissteigerung beim Vorprodukt arbeitet sich mehr oder weniger rasch bis zu den Endprodukten durch, in die es eingeht. Da Erdöl ein extrem wichtiges Vorprodukt für viele Bereiche ist, waren damals die Endproduktpreise auf breiter Front von den Ölpreisschocks betroffen. Machen die Endproduktpreise einen Sprung nach oben, während sich an der realen Produktion nichts weiter ändert, nimmt das Realeinkommen ab: Die Volkswirtschaft muss wohl oder übel einen Teil ihrer realen Wirtschaftsleistung an die Länder abtreten, die sich zum Ölpreiskartell zusammengeschlossen haben. Zumindest kurzfristig kann sie dieser 'zwangswweisen' Umverteilung ins Ausland nicht ausweichen.

(Übrigens hängt es vom Grad des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen ab, wie schnell sich die Preissteigerung des Vorprodukts bis zu den Endprodukten durchfrisst, und zwar genau andersherum, als der Laie vermutet: Je härter der Wettbewerb, desto *schneller* kommt es zu Preissteigerungen. Das liegt daran, dass in einem starken Wettbewerbsumfeld alle Anbieter ihre Preise von vornherein knapp kalkulieren müssen. Daher ist der Markup, der auf die Stückkosten als Gewinnkomponente draufkalkuliert wird, tendenziell klein. Infolgedessen muss eine Preissteigerung von Vorprodukten rasch an die Kunden der Endprodukte weitergereicht werden und kann kaum teilweise und schon gar nicht komplett durch eine Stückgewinnminderung abgepuffert werden.)

Wenn die Nachfrage der Konsumenten wenig elastisch auf die gestiegenen Preise reagiert, wenn also bei einer Preissteigerung von beispielsweise zehn Prozent die nachgefragte Menge nur um fünf Prozent oder überhaupt nicht zurückgeht, ist der negative Einkommenseffekt größer als bei einer elastischen, also stark ausweichenden Reaktion. Die Ölrechnung, die ich zu zahlen habe, wird bei steigenden Preisen umso höher, je weniger ich (kurzfristig) in der Lage bin, Öl einzusparen. Entsprechend weniger bleibt dann von meinem Budget für die Nachfrage nach anderen Gütern übrig.

Die Konsumenten in den Industrieländern zahlten also für etwa die gleiche Menge Öl jetzt deutlich mehr als vorher. Folglich musste man damit rechnen, dass die Verbraucher in den Konsumentenländern weniger für andere Güter (und damit auch zu Hause produzierte Güter) ausgeben würden, die auf ihrer Einkaufsliste standen. Das wäre für sich genommen ein negativer Nachfrageeffekt, den der Angebotsschock auslöst. Der müsste, will man ihn und die daraus sich womöglich ergebenden negativen Arbeitsplatzeffekte verhindern, mit expansiver Nachfragepolitik etwa von Seiten des Staates ausgeglichen werden.

Bei einem globalen Blick muss man allerdings gegenrechnen, dass die Produzenten von Öl nun genau die gleiche Menge an Mehreinnahmen haben, die den Verbrauchern in den Konsumentenländern fehlen. Der Ölpreisanstieg (die Ölpreisexplosion, wie es genannt wurde) war also nichts anderes als eine globale Umverteilung von den Konsumenten zu den Produzenten von Öl. Hätten die Ölproduzenten durch Zufall genau die gleichen Güter in den Konsumentenländern gekauft, die von den Konsumenten dort nicht mehr gekauft werden konnten, wäre im Produktionsbereich und bei den Arbeitsplätzen gar nichts passiert. Die einen wären nur reicher an Gütern, die anderen ärmer als zuvor gewor-

den. Hätten die Ölproduzenten ihre Zusatzeinnahmen in gleicher Höhe und nur für andere Produkte ausgegeben, wie es die Ölkonsumenten bisher taten, wäre es zu einem entsprechenden Strukturwandel gekommen, aber immer noch nicht zu gewaltigen negativen makroökonomischen Effekten.

Das klingt alles ziemlich undramatisch und das ist es auch. Dramatisch wurde es nur infolge der vielfältigen Fehleinschätzungen der Masse der Ökonomen – übrigens wieder auf beiden Seiten des Spektrums. Hier die drei wichtigsten Irrtümer: Zunächst wurden im Lichte der neoklassischen Produktionstheorie gewaltige Verzerrungen befürchtet, weil eine wichtige Vorleistung, die man nicht schnell ersetzen konnte, nun plötzlich wesentlich mehr kostete. Von Rationierungsszenarien war die Rede und ähnlichem Unfug. Dabei gab es ja keine physische Knappheit von Öl, der Rohstoff war nur teurer als zuvor, und die Öl verbrauchenden Firmen wälzten das in den Preisen weiter.

Als nächstes wurde angesichts zunehmender Leistungsbilanzüberschüsse der Ölproduzenten die Gefahr eines globalen Nachfrageausfalls gesehen. Die Überschüsse zeigten ja, dass die Sparquote der Ölproduzenten höher war als die der westlichen Konsumenten. Diese Überlegung war richtig. Doch hätten hier die Neoklassiker aus ihrer eigenen Theorie schlussfolgern müssen, dass man in Ruhe darauf warten könne, dass die Zinsen sinken und der sinkende Zinssatz sofort dazu führt, dass das zusätzlich gesparte Kapital wieder investiert wird, die globale Nachfrage also nicht dauerhaft sinkt. Auf diese Idee kamen die Neoklassiker jedoch nicht oder wollten darauf nicht kommen. Dass sie falsch gewesen wäre, weil der Zins niemals als Ausgleichsmittel sinkender Nachfrage dient, sei nur am Rande bemerkt. Interessant ist im historischen Rückblick, wie selektiv, um nicht zu sagen: inkonsistent neoklassisch inspirierte Ökonomen einen von ihnen behaupteten Wirkungszusammenhang für ihre Argumentation und wirtschaftspolitische Beratung mal benutzen und mal nicht, wie es ihnen gerade ins Konzept passt. Überzeugend war das schon damals nicht und hätte die beratenen Wirtschaftspolitiker stutzig machen können und müssen gegenüber diesem Rat.

Keynesianer hätten aufgrund des zu recht befürchteten globalen Nachfrageausfalls verlangen können, mit expansiver Fiskalpolitik, also mit höheren staatlichen Defiziten eine Weile dagegen zu halten. Das trauten sich die meisten Keynesianer zwar zu fordern und es wurde auch gemacht, wie wir im nächsten Teil zeigen werden, aber die meisten Keynesianer und die ihnen nahestehenden Wirtschaftspolitiker verstanden nicht (und haben es zum Teil bis heute noch nicht verstanden), dass die Fiskalpolitik gegen die nunmehr monetaristisch geprägte Geldpolitik keine Chance hatte erfolgreich zu sein.

Schließlich wurde durch die Preissteigerung bei dem wichtigen Importgut Öl als dritter und entscheidender Irrtum eine Inflationsbeschleunigung in den Konsumentenländern befürchtet, die man geldpolitisch mit restriktiver Politik, also mit Zinserhöhungen bekämpfen müsse. Das war und ist falsch, weil die *einmalige* Erhöhung des Ölpreises, wie sie damals stattgefunden hatte, für sich genommen auch nur einen einmaligen Niveaueffekt auf die Preise hat, die Inflationsrate danach aber nicht automatisch erhöht, wenn nicht weitere Faktoren hinzutreten. An der Inflationsfront bestand also genau genommen kein Grund zur Panik.

Dann aber traten nach der ersten Ölpreiskrise im Herbst 1973 im Jahr 1974 weltweit die Gewerkschaften auf den Plan (man muss sehr genau zwischen der ersten und der zweiten Ölpreiskrise un-

terscheiden; hier geht es zunächst um die erste) und fast zeitgleich die Geldpolitik mit ihren monetaristischen Steigbügelhaltern – und da wurde es dann tatsächlich gefährlich. Man muss sich vergegenwärtigen, dass unmittelbar vor der Ölpreisexplosion in den Industrieländern Vollbeschäftigung herrschte. Die Gewerkschaften hatten fast überall durchgesetzt, dass es eine automatische Anpassung der Nominallöhne an die tatsächliche Inflationsrate gab. Diese Indexierung der Löhne war üblicherweise rückwärtsgerichtet (*backward looking indexation*), was heißt, dass die Inflationsrate der Vorperiode mit zum Maßstab der Nominallohnerhöhung in der Gegenwart gemacht wurde. Das ist bei einem negativen Angebotschock mehr als problematisch, weil damit aus einer *einmaligen* Preiserhöhung (wie dem Ölpreisschock) eine Erhöhung der Inflationsrate wird.

Doch man muss genau hinsehen: Eine Erhöhung der Inflationsrate bedeutet lediglich eine *kurzzeitige Inflationsbeschleunigung*, keineswegs aber automatisch eine längerfristige Beschleunigung. Denn die Lohnpolitik schließt bei der *backward looking indexation* nach einem Preisschock wie durch die Ölpreiskrise nur einmal höher, aber nicht laufend höher und noch mal höher ab, d.h. diese Lohnregel bringt die Inflationsrate auf ein höheres Niveau, *das dann aber konstant bleibt*. (Doch wie so oft sind viele Verantwortliche mit der Unterscheidung von Niveauveränderungen, der einmaligen Veränderung von Wachstumsraten und der laufend fortgesetzten Veränderung von Wachstumsraten entweder überfordert oder diese Materie ist ihnen zu komplex und damit zu wenig medientauglich, um sie in öffentlichen Auseinandersetzungen klar vertreten zu können. Ein Mathematiker tut sich da mit einer Funktion und ihrer ersten und zweiten Ableitung wesentlich leichter.)

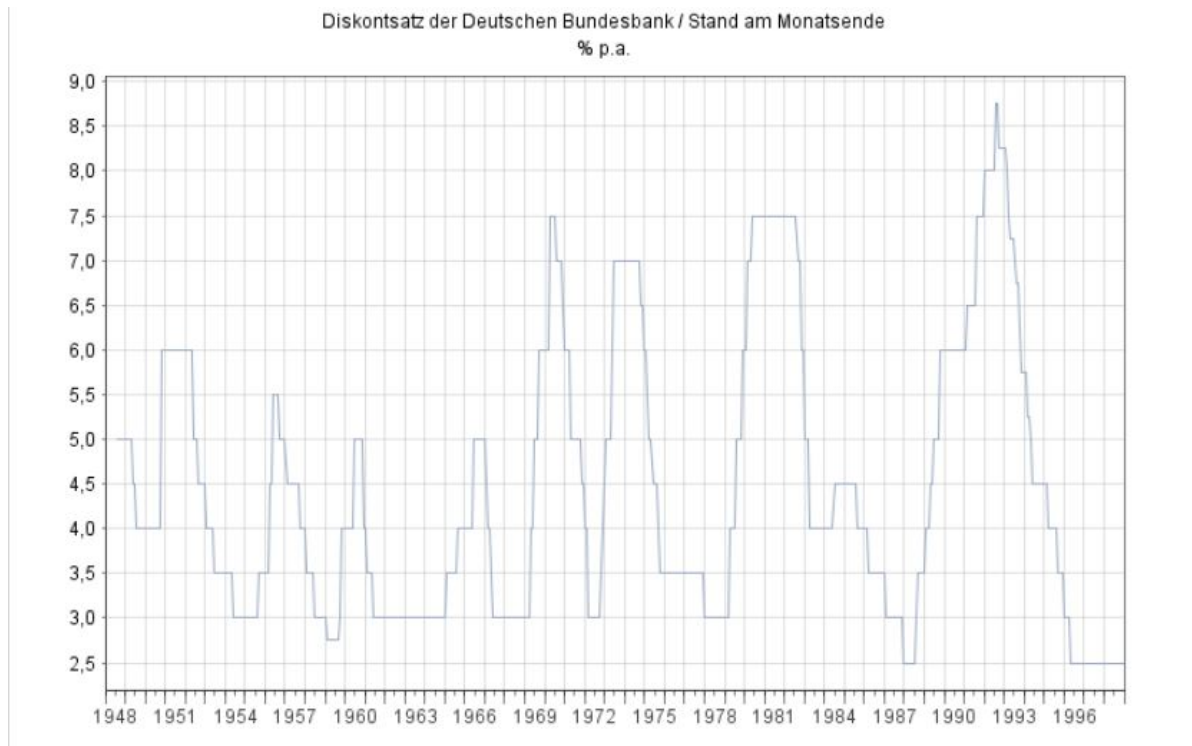
In Deutschland gab es keine explizite Lohnindexierung, aber die Gewerkschaften (und vorneweg der öffentliche Dienst mit seinem Gewerkschaftsführer Heinz Kluncker) waren wild entschlossen, sich den Realeinkommensverlust durch die (eigentlich einmalige) höhere Preissteigerungsrate aufgrund des Ölpreisschocks wieder zurückzuholen. Und so ertrotzten die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst eine Tarifierhöhung von 11 Prozent im Jahre 1974. (In anderen Ländern waren die Abschlüsse aber noch deutlich darüber, so dass Deutschland selbst in dieser Situation und mit einer Inflationsrate von 7½ Prozent im Jahr 1974 noch zu den Stabilitätsweltmeistern gehörte, d.h. nicht einmal an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlor, sondern vielmehr hinzugewann.)

Das war natürlich eine unsinnige Lohnpolitik der Gewerkschaften, weil das einmal an die Ölproduzenten verlorene Realeinkommen ja nicht einfach zurückgeholt werden konnte. Für die Unternehmen, an denen sich die heimischen Arbeitnehmer auf dem Weg eines drastischen Lohnzuwachses schadlos halten wollten, war es bei der nominal nun stark steigenden Nachfrage ein Leichtes, die Lohnerhöhungen zu einem erheblichen Teil in den Preisen weiterzugeben.

Damit aber war die rote Linie für die Geldpolitik überschritten, die angesichts der unmittelbaren Effekte der Ölpreissteigerung schon in hoher Alarmbereitschaft gewesen war. Dabei hätten die Geldpolitiker wissen müssen, dass es, wie oben beschrieben, durch die unvernünftige Lohnpolitik zu keiner dauernden *Inflationsbeschleunigung* kommen würde, und vor allem, dass die Geldpolitik im Vergleich zu den Gewerkschaften immer am längeren Hebel sitzt: Ein auf Dauer unerwünscht hohes Niveau der Inflationsrate kann sie immer nach unten drücken, wenn auch auf Kosten des Wachstums und der Beschäftigung.

Die kurzfristigen Zinsen (Diskontsatz) wurden also im Laufe des Jahres 1973 schrittweise auf 7 Prozent angehoben (nachdem es kurz zuvor, allerdings bei extrem hohen Wachstumsraten schon ein historisches Hoch bei den Zinsen gegeben hatte) *und 1 ¼ Jahre* auf diesem extrem restriktiven Niveau gehalten (vgl. Abbildung). Erst im Laufe des Jahres 1975 wurde der Diskontsatz wieder auf Werte unter 6 Prozent abgesenkt.

Abbildung



Quelle: Deutsche Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomishe_Zeitreihen/its_details_charts_node.html?listId=www_s11b_mb02&tsId=BBK01.SU0112

Es drohte also eine Rezession aufgrund des globalen Nachfrageausfalls *und* die Geldpolitik erhöhte (übrigens weltweit) die Zinsen, worauf auch die langfristigen Zinsen Höchststände erreichten. Da hätten alle guten Neoklassiker auf die Barrikaden gehen müssen: Es gab einen Sparüberschuss in der Welt und die langfristigen (!) Zinsen stiegen massiv an? Hier wäre Gelegenheit für Neoklassiker und Monetaristen und die auf sie bauenden Marktliberalen gewesen, die eigene Modellwelt einer realen Überprüfung zu unterziehen: Entweder, so hätten sie an dieser Stelle lernen können, gab es keinen eindeutigen und damit für die Wirtschaftspolitik verlässlichen Zusammenhang zwischen Ersparnissen und Höhe der langfristigen Zinsen – das hätte zu einer Absage an die Neoklassik führen müssen und zu dem Eingeständnis, dass es ohne gesamtwirtschaftliche Steuerung durch den Staat keine zuverlässige Stabilisierung des marktwirtschaftlichen Systems geben kann. Oder die Geldpolitik war doch langfristig wirksam und daher mit ihrer Zinspolitik am kurzen Ende des Marktes für das Wirtschaftswachstum mitverantwortlich und eben nicht (nur) für die Inflationsrate zuständig – das hätte die Absage an den Monetarismus ergeben.

Es lag auf der Hand, dass das System Marktwirtschaft diese Kombination aus dämpfenden Impulsen

– globaler Nachfragerückgang durch Einkommensumschichtung Richtung Ölkartell-Länder und durch weltweite Zinssteigerung – nicht würde verkraften können. Die Folgen waren eine schwere globale Rezession und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, an dem die westliche Welt bis heute leidet.

Lesen Sie im nächsten Teil, wie die Geldpolitik in Deutschland mit der zweiten Ölpreisexplosion umging bzw. sie instrumentalisierte, um die allgemeine Politik zu ändern.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 21.02.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/02/unser-geldsystem-iii-die-erste-oelpreiskrise-die-loehne-und-die-rolle-der-geldpolitik/>